



WEGE AUS DER CORONAKRISE

Förderung im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität

Ungarn rechnet mit 7,2 Milliarden Euro aus der Wiederaufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union (EU). Doch die benötigte Zustimmung der EU-Kommission verzögert sich.

02.08.2021

Von Waldemar Lichter | Budapest

- ▶ Genehmigung möglicherweise im Herbst 2021
- ▶ Regierung will in Vorleistung gehen
- ▶ Zunächst sollen keine Kredite genutzt werden
- ▶ Gesundheitswesen, Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft als Prioritäten

Voraussetzung für die Auszahlung der ersten Zuschüsse aus der Recovery and Resilience Facility (RRF) ist die Genehmigung des nationalen Wiederaufbauplans durch die Europäische Kommission. Die Zustimmung aus Brüssel lag Ende Juli 2021 noch nicht vor. Die ungarische Regierung hat das Dokument bereits am 11. Mai 2021 bei der Kommission zur Prüfung eingereicht.

Genehmigung möglicherweise im Herbst 2021

Der Vorschlag ist nun, die Verhandlungen über Ungarns nationalen Wiederaufbau- und Sanierungsplan bis zum 30. September 2021 zu verlängern, so Valdis Dombrovskis, EU-Wirtschaftskommissar nach einem Treffen der EU-Finanzminister Ende Juli 2021. Wichtigster Grund für die Verzögerungen: Die Kommission wünscht sich mehr Garantien der ungarischen Regierung über die rechtmäßige Verwendung der RRF-Zuschüsse und die Abwendung von Korruptionsrisiken.

In Budapest lösen die Verzögerungen Unverständnis und zum Teil scharfe Reaktionen aus – zumal die EU-Finanzminister den Ausgabenplänen der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten zugestimmt hatten. Die ungarische Regierung wirft der Kommission vor, nur aus politischen Gründen zu bremsen. Ungarn solle gezwungen werden, das jüngst verabschiedete sogenannte Pädophilen- und Kinderschutzgesetz wieder zurückzunehmen. Das Gesetz wurde von der EU-Kommission als diskriminierend und als Verstoß gegen die Grundwerte der EU kritisiert.

Regierung will in Vorleistung gehen

Die ungarische Regierung zeigt sich derzeit eher trotzig. Außenminister Péter Szijjártó betonte, das fragliche Gesetz werde nicht geändert, auch wenn die Auszahlung von EU-Mitteln aus dem Wiederherstellungsfonds zurückgehalten werden sollte. Premierminister Viktor Orbán kündigte sogar an, im Fall weiterer Verzögerungen die Programme des Wiederaufbaufonds aus dem eigenen ungarischen Haushalt im Voraus zu finanzieren.

FÖRDERUNG IM RAHMEN DER AUFBAU- UND RESILIENZFAZILITÄT

Diese Ausgaben würden dann später von Brüssel beglichen, so die Idee. Aus der Kommission wird allerdings Kritik an diesen Plänen laut: Allen derartigen Ausgaben müsse die Genehmigung der ungarischen Pläne durch die EU vorausgehen, heißt es.

Zunächst sollen keine Kredite genutzt werden

Wird der nationale Wiederherstellungsplan von der Kommission genehmigt, dann will die ungarische Regierung nur die im Rahmen der RRF vorgesehenen Zuschüsse in Anspruch nehmen. Aufgrund der guten Finanz- und Wirtschaftslage des Landes sollen Kredite der RRF zunächst nicht genutzt werden, heißt es. Damit soll die vor 2010 übliche Praxis vermieden werden, die Wiederankurbelung der Wirtschaft über hohe Verschuldung zu finanzieren. Die Option, doch noch RRF-Kredite zu nutzen, bleibt Ungarn aber bis 2023 erhalten.

Ungarn hätte Anspruch auf 7,2 Milliarden Euro an Zuschüssen aus der Fazilität zur Wiederbelebung der Wirtschaft nach der Pandemie. Bis zu 13 Prozent davon könnten nach Genehmigung aus Brüssel als Vorauszahlung noch 2021 überwiesen werden.

Gesundheitswesen, Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft als Prioritäten

Wichtigster Schwerpunkt der im Rahmen von RRF geplanten Ausgaben ist die Finanzierung von Vorhaben zur Entwicklung des Gesundheitssystems. Dafür würden 2,45 Milliarden Euro oder 34,1 Prozent der verfügbaren Mittel verwendet werden.

Für nachhaltige und umweltfreundliche Verkehrsentwicklung würden 25 Prozent, für die Entwicklung des Bildungssystems einschließlich der Hochschulen weitere 20,4 Prozent der Mittel entfallen. Weitere Schwerpunkte sind die Kreislaufwirtschaft, der Umweltschutz und erneuerbare Energien.

Laut den eingereichten Plänen beabsichtigt Ungarn, rund 41 Prozent der RRF-Zuschüsse für Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele und 23 Prozent für Digitalisierung zu verwenden. Damit würden die EU-Vorgaben von mindestens 37 Prozent beziehungsweise 20 Prozent für diese Themen übererfüllt, sagt Szabolcs Ágostházy, der für EU-Entwicklungsprojekte zuständige Staatssekretär beim Amt des Ministerpräsidenten.

Dieser Beitrag gehört zu:

[EU-Förderung in Ungarn](#)

Mehr zu:

Ungarn


Wege aus der Coronakrise / EU-Förderung

Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Fabian Möpert

Wirtschaftsexperte

 +49 30 200 099 209

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.